8. März 1929

Nr. 10 Zehnter Jahrgang — Einzelnummer 20 Pf. — Leipzig, 8. März 1929

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 10 Pf., 3 gespalt. Textzeile 40 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeig.-Gebühr. von auswärts werden auf Postscheckkto. Leipzig Nr. 21690 unter Allg. Jüd. Familienbl. erbet. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen ist die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart

Verlag und Redaktion: Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telephon 21516
Postscheckkonto Nr. 21690
Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich 2.40 M. vierteljährlich exkl. Bestellgeld Streifband-Bezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 M. monatlich, für das übrige Ausland 1.50 M. Bestellungen nehmen entgegen die Hauptgeschäftsstelle Leipzig: Gerberstraße 48/50, M. W. Kaufmann, Buchhandlung, Leipzig, Brühl; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Straße 26; Dresden Weinsteinstraße Nr. 10, sowie Chemnitz M. Laufer Kasernenstraße Nummer 8

Neueste Frühjahrs-Stoffe
sind eingetroffen
Hodes
NEUMARKT 3

Singer Nähmaschinen
MIT MOTOR U. NXHLICHT
Erleichterte Zahlungsbedingungen
SINGER NXHMASCHINEN AGIENGESELLSCHAFT
In Leipzig
C 1. Petersstraße 14 (Singerhaus)
S 3. Südstr. 26
W 31. Zschochersche Str. 24
N 22, Hallesche Str. 97
O 30, Eisenbahnstr. 84

VARIETÉ
DREI LINDEN
März 1929
Ein Triumphzug internationaler Artistik!
Alberty-Truppe
Luftsensation 16 Meter über dem Zuschauerraum
Charlie
Der musikalische Seelöwe
Beide Akte gänzlich neu für Leipzig
Anfang 20 Uhr
Telephon Nr. 43543-43856

Chronik der Woche

Die palästinensische medizinische Gesellschaft Mitglied der Internationalen Medizinischen Gesellschaft. Jerusalem. Die Jüdische medizinische Gesellschaft in Palästina, die 359 Mitglieder zählt, ist der Internationalen Medizinischen Gesellschaft als Mitglied beigetreten. (JTA.)

Nahum Sokolow in Amerika eingetroffen. Neuyork. Herr Nahum Sokolow, Präsident der Zionistischen Weltexekutive, ist in Neuyork eingetroffen, um an der Kampagne für den diesjährigen United Palestine Appeal in den Vereinigten Staaten, dem wegen der Beteiligung der nichtzionistischen Kreise eine besondere Bedeutung beizumessen ist, führend teilzunehmen. Nach seiner Ankunft erklärte Herr Sokolow den Vertretern der Presse, die amerikanischen Juden, die als die ersten sich der Jewish Agency angeschlossen haben, haben sich durch diesen Schritt eine führende Position innerhalb der Weltjudenheit erworben. (JTA.)

Auszeichnung für Prof. Michelson. Neuyork. Die Gesellschaft der Wissenschaft und Künste hat dem weltberühmten Physiker Prof. Michelson die Goldene Medaille verliehen. (Jta.)

Die Polozker Synagoge in einen Klub umgewandelt. Moskau. Die große Synagoge in Polozk ist gemäß einem Antrag der jüdisch-kommunistischen Arbeiterschaft in einen kommunistischen Kulturklub umgewandelt worden. (Jta.)

Die Zionistische Organisation Bulgariens nicht aufgelöst. Sofia. Das von ausländischen Zeitungen wiedergegebene Gerücht, daß die Zionistische Organisation Bulgariens von der Regierung aufgelöst wurde, entspricht nicht den Tatsachen. (Jta.)

Der neue Direktor des Moskauer Jüdischen Akademischen Theaters. Moskau. Zum Direktor des Moskauer Jüdischen Akademischen Theaters, das Stadttheater bleibt, wurde an Stelle des jetzt in Berlin weilenden Alexis Granowsky Herr Somow ernannt. (Jta.)

Nach Rußland zurückkehrende Palästina-Wanderer. Moskau. Die jüdisch-kommunistische Tageszeitung „Emeß" teilt mit, daß eine Gruppe Juden, die früher aus Rußland nach Palästina ausgewandert waren, nach Rußland zurückkehrten und sich gegenwärtig im Hafen von Odessa aufhalten. Sie werden in der Nähe des Distrikts Upatoria, wo jüdische Kolonien bestehen, auf dem Lande angesiedelt werden. (Jta.)

In Palästina gleiche Zahl Ein- und Auswanderer im Jahre 1928. Jerusalem. Nach der soeben hier veröffentlichten Statistik betrug die Zahl der jüdischen Einwanderer in Palästina im Jahre 1928 2178, die der Auswanderer in dem gleichen Jahre ebenfalls 2178. — In den drei Krisenjahren 1926, 1927 und 1928 wanderten in Palästina 17 971 Juden ein, 14 614 Juden wanderten aus; der Ueberschuß der Einwanderer über die Auswanderer betrug in dieser Periode 3357. (JTA.)

Telegramme in hebräischer Schrift werden in Palästina nicht angenommen. Jerusalem. Vor dem Jerusalemer Obersten Gericht wurde über die Klage eines Einwohners von Tel Aviv gegen den Generalpostmeister von Palästina verhandelt, der entschieden hat, daß Telegramme in hebräischen Lettern innerhalb Palästinas an den Postschaltern nicht entgegengenommen werden sollen. Das Gericht beschloß, den Generalpostmeister aufzufordern, seine Haltung in dieser Frage zu begründen. (Jta.)

Ein Habsburg-Kaiser Mitglied der Prager Chewra Kadischa. Prag. Wie Prager jüdische Zeitungen mitteilen, geht aus einem vor kurzem aufgefundenen Punkas (Memor)-Blatt der Prager Chewra Kadischa hervor, daß Kaiser Ferdinand von Oesterreich nach seinem Thronverzicht im Revolutionsjahre 1848 der Prager Chewra Kadischa als Mitglied beigetreten war und außer dem Mitgliedsbeitrag noch einen Sonderbeitrag für Kaddisch-Sagen ein ganzes Jahr nach seinem Tode entrichtet hat. (Jta.)

Die Frage der Oelröhrenmündung vor der Entscheidung. Jerusalem. Die Türkische Petroleumgesellschaft untersucht gegenwärtig vom kommerziellen Standpunkt die Frage der Führung der Röhren von Mossul nach Haifa. Nach Beendigung dieser Untersuchung wird die Frage der Oelröhrenmündung endgültig entschieden werden. Bekanntlich hat die britische Regierung vor kurzem im Unterhaus erklären lassen, der Hafen in Haifa werde unter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Oelröhrenmündung in Haifa erbaut. (JTA.)

Der „Skierniewicer Rebbe" gestorben. Warschau. Am 27. Februar abends verstarb in seiner Warschauer Wohnung im Alter von 53 Jahren der in der chassidischen Welt populäre „Skierniewicer Rebbe", Rabbi Mordechai Mendel Kalisch, ein Sohn des einst berühmten Rabbi Simon Kalisch. Der Rabbi war schon seit fünf Monaten an das Krankenlager gefesselt. Vor seinem Tode verabschiedete er sich von seinen Anhängern, unter ihnen zahlreiche Rabbiner, legte Tallis und Tephilin an und verschied während des Gebetes. Die Bestattung fand unter Teilnahme vieler tausender Chassidim statt. (JTA.)

Not der Ausländer

Von Carl Greger, Berlin

Unter den ungefähr 560 000 in Deutschland lebenden Juden befinden sich etwa 100 000 Reichsausländer, gegen die in den Jahren nach dem Kriege und auch später von verschiedensten Seiten die allerdümmsten Verleumdungen und Verdächtigungen ausgestreut wurden. Insbesondere machte man ihnen den Vorwurf, daß sie als skrupellose, habgierige Nurverdiener sich auf Kosten des deutschen Volkes bereichern. Wie in Wirklichkeit die Lage der Ausländer in Deutschland ist, lehrt nachstehender Aufsatz, der von der „Jüdischen Arbeits- und Wanderfürsorge" verbreitet wird.

Die Legende vom Wohlleben der Ausländer in Deutschland ist, sofern sie überhaupt jemals der Wahrheit nahekam, längst zerstört. Die überwiegende Mehrheit der noch nach der Inflation im Inlande verbliebenen Ausländer sind arme, arbeitende Menschen, die schwer um ihre Existenz kämpfen. Ihre wirtschaftliche Lage ist viel schwieriger als die aller anderen Bevölkerungsgruppen, denn die vorhandenen Beschränkungen auf arbeitsrechtlichem Gebiet, die verschiedenen fremdenpolizeilichen Bestimmungen und die dauernde Belastung, die durch die regelmäßige Verlängerung der Pässe entstehen, beeinträchtigen den Kampf um die wirtschaftliche Existenz. An anderer Stelle ist darauf hingewiesen worden, welchen Erschwernissen der Ausländer gegenübersteht, wenn er als landwirtschaftlicher oder gewerblicher Arbeiter tätig sein will. Die dort aufgestellte Behauptung aber, daß dem Ausländer eigentlich jede Tätigkeit außer manueller Arbeit gestattet wird, bedarf dringend einer Richtigstellung. Die Bestimmungen über die gewerblichen ausländischen Arbeitnehmer sind zweifellos so, daß sie aus den handarbeitenden Berufen verdrängt und gezwungen werden, sich in das Heer der kaufmännischen Angestellten und kleinen Händler einzureihen. Aber selbst hier sind die Verhältnisse derart, daß in keiner Weise davon die Rede sein könnte, daß wenigstens in diesen Berufen die absolute Freizügigkeit des Ausländers gesichert ist. Zwar gibt es keine gesetzlichen Bestimmungen, die die Tätigkeit auf kaufmännischem Gebiet wesentlich einschränken. Die Verwaltungsbehörden jedoch finden noch immer Mittel und Wege, um die Ausländer auch aus diesen Zweigen wirtschaftlicher Betätigung allmählich zu verdrängen.

Aus der Fülle der Beispiele seien einige hier zur Erläuterung dieser Behauptung angeführt:

Jeder Ausländer ist verpflichtet, bei der Polizeibehörde seines Wohnortes die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zu beantragen. Sofern es sich um Arbeitnehmer handelt, gehen diese Anträge an das zuständige Landesarbeitsamt zur Begutachtung. Die Landesarbeitsämter, namentlich aber das Landesarbeitsamt Berlin, lehnen — wie man es an zahllosen Fällen illustrieren kann — fast immer die Zustimmung ab, wodurch an sich die Erlangung der Aufenthaltserlaubnis durch die Polizeibehörde zwar nicht immer unmöglich gemacht, aber doch oft wesentlich erschwert wird. Darüber hinaus aber entsenden die Landesarbeitsämter, sobald sie einmal die Adresse eines Arbeitgebers festgestellt haben, der Ausländer in kaufmännischen oder Bureaubeschäftigungen angestellt hat, Beamte hin mit der Aufforderung, die Ausländer zu entlassen. Obwohl für diesen Eingriff des Landesarbeitsamtes keinerlei gesetzliche Grundlage vorhanden ist, ist sie meist von Erfolg begleitet, denn die wenigsten Arbeitgeber sind in der Lage, die Fülle der gesetzlichen Bestimmungen zu übersehen und festzustellen, daß das Landesarbeitsamt hier unberechtigt eingreift. Die meisten aber ziehen es vor, den Auseinandersetzungen mit dem Landesarbeitsamt aus dem Wege zu gehen und entsprechen der Auf-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417009437-19290308/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG